

Konversion

beinhaltet ein Bündel an Aufgaben. Ausgehend von der Annahme, dass eine von der DFG-VK gestellte Bundesregierung sowohl die Bundeswehr abschafft als auch ihre Verantwortung bei der Lösung von Konflikten in der Welt ernst nimmt, müssen folgende Arbeitsfelder angegangen werden:

[Militärflächen](#)
[Rüstungsproduktion](#)
[internationale Konfliktbearbeitung](#)
[regionale Infrastruktur](#)
[Finanzen](#)
[Arbeitsplätze](#)

Quellen: (sind gelb hinterlegt)
 DFG-VK-Flugblatt Umstellung fördern
 DFG-VK-Flugblatt Konflikte zivil bearbeiten
 DFG-VK-Flugblatt Abrüstung statt Sozialabbau!
 DFG-VK-Flugblatt Wozu Bundeswehr?
 „Hutelandschaft Münsiger Hardt“, Gemeinsames
 Positionspapier der Naturschutzverbände zur Zukunft
 des Truppenübungsplatz Münsingen
 Naturgebiete: Naturschutz & Militär, Naturstiftung David

Militärflächen

städtische Flächen

- Wohnungen
- Gewerbe- und Verkehrsflächen
- Grünanlagen
- Freizeit- und Erholungsflächen

stadtnahe Flächen (Standortübungsplätze)

- Gewerbe / Industrie
- Natur- Freizeit- und Erholungseinrichtungen

Truppenübungsplätze

106 Militärflächen sind größer als 1000 ha

13 Militärflächen sind größer als 10.000 ha

- Eigentumsübergang in regionale Zweckverbände
- große, unzerschnittene Flächen
- naturschutzfachliches Gesamtkonzept
 - o extensive Land- und Forstwirtschaft
 - o Wildmanagement
 - o gelenkter Tourismus
 - o wirtschaftliche Nutzung nur in bisher bebauten Flächen (Infrastruktur des Naturtourismus)

Rüstungsproduktion

- 5 für den Frieden – planbare Zeitschiene für die Umstellung
- Ausrüstungsbedarf des Amt für ZKB ist planbar
- Umschulung der Rüstungsbeschäftigten, Soldaten u. Zivilbeschäftigten
- F+E-Kosten auf zivile Produktion verlagern

internationale Konfliktbearbeitung

Stärkung der überstaatlichen Organisationen (UNO, OSZE, EU)

- festes Personal aufstocken
- kurzfristig abrufbare Personalkontingente
- gesicherte Etats und diese aufstocken
- Aufgaben
 - o Konfliktbeobachtung
 - o Prävention
 - o Deeskalation
 - o Nachsorge
- Übertragen von Aufgaben und Finanzen an NGO's

Aufbau eines Amt für ZKB („internationales THW“)

- Katastrophenhilfe (Erdbeben, Flut etc.)
- infrastrukturelle Schnellhilfe in Notgebieten
 - o Lazarette

- Transportkapazitäten
- Wasserversorgung
- Vorbereitung / Vorarbeit von Entwicklungshilfe
- Ausbildung von Friedensfachkräften

regionale Infrastruktur

Arbeitsplätze hängen ab von der Größe des geplanten Amt für ZKB. Wenn es so groß sein soll, wie zur Zeit die Bundeswehr, könnte es in Etwa so aussehen:

- Zivilbeschäftigte gleichbleibend, geringer Umschulungsaufwand
- Zahl der Kasernen / Übungsgelände wird etwas geringer sein, damit örtliche Verwerfungen
- der Versorgungsaufwand bleibt annähernd gleich, damit auch das Auftragsvolumen an die heimische Wirtschaft
- Ausrüstungs- und Betriebsmittelbedarf des Amt für ZKB wird höher sein wg. Ge- und Verbrauch
- Konversion von Militärfächen und Einrichtungen fördern örtliche Investitionen

Finanzen

Der Abschaffung des Militärs stehen u.a. die Einrichtung des Amt für ZKB sowie Konversionsbeihilfen entgegen. Von daher wird der Militärhaushalt nicht 1:1 eingespart werden können.

- Personalkosten: gleichbleibend
- Infrastrukturkosten: gleichbleibend
- Ausrüstungskosten
 - Verbrauchsgüter: gleichbleibend
 - Dual-Use-Güter: gleichbleibend
 - Kampfausrüstung: sehr stark reduziert
 - Transportkapazitäten: mindestens in Höhe der geplanten Ausgaben werden bleiben (A400M, NH90, evt. Satcom)
- damit Einsparungen reel nur bei dem Großgerät (Eurofighter, Tiger, U212, F124/125), aber das sind auch schon ca. 2,5 Mrd € / á
- Ausgaben von Konversionsbeihilfen:
 - Ex-Kasernen, Ex- Standortübungsplätze
 - Truppenübungsplätze zu Nationalparks umrichten
 - ZDL-Stellen mit Fachpersonal ausstatten
 - Umschulungen, Ausbildungen

Arbeitsplätze

Durch Verzicht auf militärisches Großkampfgerät (Eurofighter, Tiger, U212, F124/125) könnten ca. 2,5 Mrd € pro Jahr eingespart werden. Dies entspricht ca. 50.000 Arbeitsplätzen im Sozial-, Bildungs- und Pflegebereich. Die Zahl der Arbeitsplätze im Ex-Rüstungs- und Militärsektor ist durch den Bedarf des Amt für ZKB annähernd gesichert.

Nach Abschaffung der Bundeswehr fällt mit der Wehrpflicht auch der Zivildienst weg. Die damit frei werdenden Arbeitskapazitäten müssen durch Fachpersonal aufgefüllt werden. Für diese Umgestaltung wird ebenfalls Konversionsbeihilfe nötig sein.